

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

25. September 2017

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0149-I.7/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Alev Korun, Kolleginnen und Kollegen haben am 25. Juli 2017 unter der Zl. 13952/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Einsatz für willkürlich inhaftierte türkische Menschenrechts-VerteidigerInnen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Ich teile die große Sorge um den Zustand der Menschenrechte in der Türkei und bedauere, dass die Türkei ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen, unter anderem zur Wahrung der Versammlungs- und Meinungsäußerungsfreiheit, nicht gerecht wird. Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) hat auf die willkürlichen Verhaftungen von Taner Kiliç und anderen Rechtsanwältinnen und -anwälten sowie von mehreren Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern, darunter auch der Direktorin von Amnesty International in der Türkei, Idil Eser, in einem Tweet vom 26. Juni 2017 und in einer Presseaussendung vom 20. Juli 2017 öffentlich reagiert. Am 26. Juni 2017 fand darüber hinaus ein Solidaritätsbesuch mehrerer Vertretungen aus EU- und anderen Staaten in den Büros von Amnesty International in Istanbul statt, an dem auch ein Vertreter des Österreichischen Generalkonsulates in Istanbul teilnahm.

Auch vonseiten der Europäischen Union (EU) gab es eine Reihe von Maßnahmen, um die Wertschätzung für die Arbeit von Amnesty International und der Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in der Türkei und weltweit deutlich zum Ausdruck zu bringen. Sollte es zu einer gerichtlichen Verhandlung in diesen Verfahren kommen, werden wir gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit einer Prozessbeobachtung in Erwägung ziehen.

Zu den Fragen 5 und 6:

Das Thema der Inhaftierung der türkischen Anwältinnen und Anwälte wurde beim Rat „Auswärtige Angelegenheiten“ am 19. Juni 2017 angesprochen und von Österreich unterstützt. Die österreichische Haltung zur Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation in der Türkei wurde wiederholt öffentlich als auch im direkten Gespräch deutlich gemacht.

Das BMEIA wird die Entwicklung der Situation in der Türkei weiter genau beobachten und auch für eine weitere Diskussion im EU-Rahmen eintreten.

Sebastian Kurz

